



Bürgerinitiative gegen Fluglärm, Bodenlärm und Umweltverschmutzung e.V.



Berlin-Report

Von Patrick Fey

Für den 13. Oktober war ich zur öffentlichen Sitzung des Petitionsausschusses im Deutschen Bundestag eingeladen, um die Beratung meiner Petition zur Novellierung des Fluglärmgesetzes vom 27. März 2006 mitzuverfolgen und um mein Anliegen noch einmal persönlich vorzutragen. Diese Gelegenheit wollte ich unbedingt wahrnehmen und reiste nach Berlin.

Kurz vor Beginn der Ausschusssitzung gab es die erste positive Überraschung: die Bundestagsabgeordnete meines Wahlkreises Homburg, Astrid Klug (SPD), kam auf mich zu und erklärte, sie werde meine Petition und den Kampf gegen den Fluglärm in unserer Region unterstützen. Die zweite positive Überraschung folgte sogleich: der parlamentarische Staatssekretär des Verteidigungsministeriums Thomas Kossendey und Oberstleutnant d.L. Thorsten Ilk waren als Vertreter der Verursacher anwesend.

Meine Petition wurde als erste behandelt, was ich weiteres Plus verbuchte, waren doch die Ausschussmitglieder zu diesem Zeitpunkt noch aufnahmefähig und konzentriert. Mir wurde nach einer kurzen Einleitung durch die Ausschussvorsitzende Naumann, bei der sie das Vorliegen einer Vielzahl gleich gelagerter Petitionen betonte, das Wort erteilt. Ich schilderte dem Ausschuss die Situation in unserer Region, wobei ich die einzigartige Dreifachbelastung „TRA-POLYGONE-Ramstein“ und die sich daraus ergebende permanente Lärmbelastung, auch unter Berücksichtigung des „Projekt NEON“ (Schließung der TRA EIFEL und Erweiterung der TRA LAUTER), besonders herausstellte. Im Folgenden richteten die Ausschussmitglieder Fragen an mich. Hier die interessantesten davon (Gedächtnisprotokoll):

Gregor Amann (SPD-Fraktion): Nach ähnlich gelagerten Petitionen sei unter besonderer Berücksichtigung des Ausbaus der US-Basen Ramstein und Spangdahlem auf eine Reduzierung der Lärmbelastung hingewirkt worden. Ob ich dies wohl aus meinem Erleben bestätigen könne?

PF: Nein, seit der TRA-Erweiterung 2003 und dem Ausbau der US-Basen in 2005 ist die Lärmbelastung deutlich angestiegen. Ramstein produziert derzeit mehr als 100 Flugbewegungen am Tag und hat noch Luft nach oben, da die Bemessungswerte sich am ehemaligen Aufkommen der Airbase von 65.000 Flugbewegungen pro Jahr orientieren, als in Ramstein noch Kampffjets stationiert waren. Der Ausbau von Spangdahlem macht sich einhergehend mit der TRA-Erweiterung durch eine permanente Verlärmung der gesamten Region durch die täglich stundelangen Abfangjagden der F-16-Geschwader bemerkbar. Hinzu kommt die Lärmbelastung durch POLYGONE, weil dort Kampffjets aus aller Herren Länder zum Üben hinkommen.

Jens Ackermann (FDP-Fraktion): Würde die Inbetriebnahme des „Bombodroms“ Ihrer Region Entlastung bringen? Hat sich die Situation durch das novellierte Fluglärmgesetz verbessert?

PF: Ob das Bombodrom uns Entlastung bringen kann, wage ich zu bezweifeln. Der Übungsmodus von TRA LAUTER und POLYGONE ist dort vermutlich nicht darstellbar. Das Fluglärmgesetz gilt erstens nur für die Anwohner von Flughäfen und zweitens nicht für das Militär. Daher ist es für unsere Region ohne Auswirkung geblieben.

Karl Schiewerling (CDU-Fraktion): Welche Typen von Maschinen fliegen bei uns? In welchen Höhen wird geflogen? Welche Alternativen sind denkbar?

PF: Bei uns fliegen Maschinen vom Typ F-16, A-10, Tornado, Mirage, F-4, Eurofighter und andere. Alleine in Spangdahlem sind derzeit fast 80 Maschinen stationiert. Wir hatten dieses Jahr schon zwei mal Besuch von italienischen Tornados, vorige Woche war holländisches Militär in unserer Gegend, welches diese Woche von englischen Tornados abgelöst wird. Für Liebhaber militärischer Fluggerätschaften ist unsere Heimat ein wahres Eldorado. Die Flughöhen im Übungsbetrieb bewegen sich zwischen 300 und 14.000

Meter über Grund. Die einzige in meinen Augen sinnvolle Alternative ist die Verlagerung des Lärms über unbesiedeltes Terrain oder die Auflösung der Lärmreservate und die gerechte Verteilung des Lärms über ganz Deutschland, wenn seine Ursache für alle Bundesbürger lebensnotwendig ist. (Anm.: nach dieser Ausführung ringsum betretene Gesichter, besonders bei den Militärvertretern, jedoch beifälliges Nicken bei Astrid Klug / SPD).

Sibylle Pfeiffer (CDU-Fraktion): Ist eine Verschiebung vom militärischen zum zivilen Fluglärm zu verzeichnen? Sind durch die Schließung von Militärfughäfen in der Region Auswirkungen auf Arbeitsplätze zu befürchten?

PF: Ziviler und militärischer Fluglärm in unserer Region nehmen zu. Auf dem Gelände der ehemaligen US-Basis Zweibrücken sind seit der Konversion tausende ziviler Arbeitsplätze in friedlicher Nutzung entstanden. (Anm: Ich empfahl den Anwesenden, hierüber einmal zwei Minuten in aller Ruhe nachzudenken. Wieder einige betretene Gesichter).

Anschließend bemühten sich die Vertreter des Militärs um Schadensbegrenzung. Als Beispiel soll hier angeführt sein, dass sie darauf verwiesen haben, dass die Anzahl der militärischen Flugbewegungen seit 1990 um 90% reduziert worden sei. Dies konnte ich dahingehend konkretisieren, dass diese Zahl für Tiefflüge der Bundeswehr im gesamten Bundesgebiet gilt. Die Militärvertreter mussten einräumen, dass meine Ausführungen in der Gesamtheit zutreffen. Es sei bereits eine Arbeitsgruppe im Verteidigungsministerium eingerichtet, die den Auftrag habe, weitere Möglichkeiten zur Lärmreduzierung in unserer Region zu prüfen.

Zum Schluss der Anhörung hatte ich noch das große Vergnügen, den Anwesenden klar zu machen, was eine Flugbewegung ist: „wenn in Spangdahlem 2 Maschinen vom Typ F-16 starten, ein Stunde lang über einem Landstrich kreisen und dabei 30 Lärmereignisse produzieren, wird dies trotzdem nur als 2 Flugbewegungen abgerechnet“ (Anm.: ringsum teils bestürzte Gesichter). Frau Klug und die Militärvertreter wurden anschließend mit einem umfangreichen Dossier versorgt. Staatssekretär Thomas Kossendey (BVMg) hat sich mit mir noch eine ganze Weile in der Lobby unterhalten. Ich habe ihn unter Schilderung der Lärmauswirkungen für viele Betroffene (Depressionen, Notwendigkeit von Psychopharmaka) eindringlich darum gebeten, uns zu helfen. Er hat versprochen, sich nach allen Kräften zu bemühen.

Mehr war in der mir eingeräumten Zeit von ca. 20 Minuten leider nicht drin. Ich hätte die Herren vom Militär gerne noch ein wenig mehr unter Druck gesetzt, sie haben leider allzu schnell die Flucht ergriffen. Frau Klug hatte nachher auch noch etwas Zeit für mich und mir einen starken Auftritt bescheinigt. Ich habe Ihr empfohlen, bei der Argumentation gegen den Fluglärm sich verstärkt auf die Themen „Tourismus“ und „Gleichbehandlung“ zu konzentrieren. Auch das ist angekommen.

Im Laufe des Nachmittags war ich noch im Büro von MdB Hans-Kurt Hill (Die Linke) zu Gast, wo ich über den Sitzungsverlauf berichten mussten und wo wir auch weitere Aktivitäten besprochen haben. Auf der Homepage der Linken wird ein Interview mit mir über die Beratung meiner Petition erscheinen, und Herr Hill plant eine Veranstaltung zur Landtagswahl mit dem Themenschwerpunkt „Fluglärm“, für die ich tatkräftige Unterstützung der BI versprochen habe.

Ich persönlich bin froh, die Mühe auf mich genommen zu haben, unsere Sache im Bundestag zu vertreten. Wer anders als jemand aus unseren Reihen hätte dies besser gekonnt? Die Wirkung meiner Schilderungen war sehr deutlich: auch die Ausschussmitglieder der CDU/CSU-Fraktion waren sichtlich überrascht vom Ausmaß des Lärmterrors bei uns, und neben Frau Klug wird auch Josef Philip Winkler von der Grünen Fraktion die Petition unterstützen.

Ich habe den deutlichen Eindruck, dass unsere Sache zumindest bei einigen Abgeordneten im Bundestag angekommen ist, auch wenn an der Effizienz des Petitionsausschusses gezweifelt werden darf. Unsere Aufgabe ist es nun, die Politiker zu unterstützen, die sich für uns einsetzen. Daher mein Appell an alle Lärmopfer in unserer Heimat: wehrt Euch immer weiter, schreibt Petitionen und sprecht Eure Regional- und Landespolitiker immer wieder auf das Thema an. Sie können es sich mittlerweile nicht mehr leisten, uns zu ignorieren.

Patrick Fey, 21. Oktober 2008